

## Lagesgeschichte.

Dresden, 7. Juli. Vom Reichs-Gesetzblatt ist das 18. Stück des Jahres 1884 hier eingetragen. Daselbe enthält: Nr. 1549) Verordnung vom 22. Juni d. J., die Vergütung für Dienstleistungen der Marinebeamten zwischen Kiel und Friedrichsort; Nr. 1550) Vertrag zwischen Deutschland und Preußen vom 21. Juli 1883, die Herstellung einer Eisenbahn von St. Pölitz nach Uslingen betreffend; Nr. 1551) Belehnung vom 9. Juni d. J., den Debit von Steuernmarken und gestempelten Blankett zur Errichtung der Wechseltempelsteuer betreffend.

\* Berlin, 6. Juli. Se. Majestät der Kaiser ist heute Nachmittags 4 Uhr nach Beendigung der Brunnencur mittels Extrazugs von Ems nach Coblenz abgereist. Zur Verabschiedung waren auf dem Bahnhofe der Regierungspresident u. Warum und zahlreiche hohe Chargen, Mitglieder der Geistlichkeit und distinguirte Bedienstete anwesend. Se. Majestät erschien überaus frisch und ruhig und wurde von der zahlreichen versammelten Menschenmenge durch entzückende Hochrufe begrüßt. — Se. Majestät der Kaiser hat, wie Oberbürgermeister Dr. Becker in der letzten Sitzung der Kölner Stadtverordnetenversammlung mitteilte, dem Oberbürgermeister von Köln zugesagt, gelegentlich der Herbstsaison vor Brühl an der Stadt Köln einen Besuch abzustatten, um die Städterweiterung und den Dom ohne Baugrund zu sehen. Eine Festlichkeit aber könnte der Kaiser nicht annehmen. Der Tag der Ankunft ist noch nicht bestimmt. — Wiewohl über die im nächsten Monat zu gewährende Zusammenkunft der Monarchen Deutschlands und Österreichs mit Ausnahme der Thatsache, daß eine solche Begegnung beabsichtigt sei, nichts Näheres bekannt ist, werden die bezüglichen Gerichte doch bereits zu Meldungen über eine angebliche Dreikaisermünzenfus im Salzamt erweitert. Insgesamtige Arbeitspunkte für die Beurtheilung dieser Gerichte liegen, nach der „R. Pr. Zeit“, überhaupt nicht vor und beweist das Blatt mit Bestimmtheit, daß in sonst ununterschiedenen Kreisen bisher nichts verlautete, daß zu der Entstehung dieser Gerichte hätte Berechtigung geben können. — Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 24. Juni d. J. beschlossen, in Ergänzung des Bundesratsbeschlusses vom 1. Februar 1879 folgende Bestimmungen zu treffen:

1) Die Bezeichnung des Nettozweiges des mit dem Antrage um Steuererstattung in Süden ausgehenden ranghohen Staates anders als Kosten von 8 bis einschließlich 18 Riesen fass pro seeme in der Reihe erfolgen, das 8 Kosten davon ausgesetzt werden und aus diesen durch Herausnahme von je einer Seite eine Rille geschnitten und verworfen wird.  
2) Das deklarirte Reisegesetz wird der Berechnung der Steuererstattung zu Grunde gelegt, was dasselbe das bei der Probestellung erwirtschaftete Gewicht nicht um mehr als 2 Proz übersteigt. In der Unterschied erheblicher, so ist die ganze Post rechts zu verrechnen.

Der Bundesrat sowie der Ausschuss desselben für Rechnungsabrechnen hielten gestern Sitzungen. Vorgetragen verjammerten sich die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerweisen, für Handel und Verkehr und für Rechnungsabrechnen. — Der Ausschuss der Gesellschaft für deutsche Colonisation hat, wie der „Post“ mitgetheilt wird, an das Präsidium des deutschen Colonialvereins den Vorschlag gerichtet, mit ihm gemeinsam die Schaffung eines allgemeinen deutschen Colonisationsverbands anzustreben. Der Vorschlag wird begründet durch den Ansicht, welcher durch die Erklärungen des Fürsten Bismarck in die ganze koloniale Bewegung hineingebracht sei. Nun gelte es, zu beweisen, daß das deutsche Volk im Stande sei, große nationale Ziele einheitlich anzustreben. Das Ausland werde um so weniger geneigt sein, etwa zwei praktischen deutschen colonialen Unternehmungen hinzu zu treten, wenn es aus einem Zusammenschluß aller colonisationsfördernden Elementen den Ernst auch des deutschen Volkes erkenne, sich der großen Aufgabe gewachsen zu zeigen. Als Norm des Verbandes wird allgemein hingestellt, daß er allen Körperchaften ähnlicher Tendenzen den Zutritt ermöglichen möge. — Der Mitredakteur der „Neuen Preußischen Zeitung“, Dr. Guido Neder, ist gestern früh einem längeren Lungenleiden im 44. Lebensjahr erlegen. Er hatte sich auch als Schriftsteller bewährt. In einem socialpolitischen Roman „Im Kampf ums Dasein“ (unter dem Pseudonym Guido Buchholz erschienen) hat er verucht, seine Anschauungen über die Agrarfrage länderlich zu gestalten. Die conservativen Prese hat in dem Verstorbene den Verlust einer wichtigen Kraft zu betrachten. — In der vorgestern zu Altona stattgehabten Sitzung

zu wagen. Nun legte Mr. Croker seinen großen Werk mehr auf die Verbindung mit dem Hause Dörington; denn, wie Harold's Aussichten für die Zukunft auch beiderseits sein mochten, mit einem Manne, der bereits ein Lord war, der auf den Tod Niemandes mehr zu warten brauchte, und seine Gemahlin sofort von ihres Vaters Thür in ihre volle Würde einführen konnte, vermochte Harold sich nicht zu messen.

Mr. Croker wußte zwar, daß seine Frau von Harold's hübschen Gesicht und gewinnenden Manieren eingesogen waren, da die nun aber in dem Krankenzimmer viel beschäftigt war, wollte er sie mit der Angelegenheit nicht belästigen und unternahm es ja auf eigene Faust, Lord Alforth zu berathen.

Infolge dessen sprach der englische Amandus eines Tages am Fuße der Haupttreppen im Vestibül, wo jeden Augenblick ein Diener erscheinen konnte, ein Corridor einmündete, welchen die Haussädchen beständig passierten und ein offenes Fenster des Gartners draußen Alles zu überhauen gehabtete, was da vorging. May an, um ihr sein Herz und sein Hand nachdrücklich anzutragen. Er bat sie um 5 Minuten Gehör.

„Später, Lord Alforth, ich möchte jetzt gerade einige Rosen dran schneiden“, sagte May.

„Dann erlauben Sie mir, daß ich Ihnen helfe“, antwortete der Kermise bescheiden.

„Ol das ist nicht nötig!“ lachte May; denn diese Rosen waren für Harold's Zimmer bestimmt, und sie wünschte nicht, daß auch nur eine der selben von irgend welcher andern Hand als der übrigen gepflückt sei.

„Ich bedarf durchaus keiner Hilfe; wenn Sie mich jedoch so dringend zu sprechen wünschen, will ich Ihnen einige Minuten widmen; aber beeilen Sie sich.“

des Schwurgerichts kam die Aufzehreraffaire vor dem Fürstlich Bismarckischen Landtag in Friedrichsruh zur Verhandlung. Angeklagt waren 5 Personen, nämlich: 1) der Arbeiter Friederich Heile in Sandoz, 2) der Arbeiter Ernst Julius Dahl in Lohbrügge, 3) der Klempner Karl Ferdinand Otto Grönau in Lohbrügge, 4) der Arbeiter August Wehling in Sandoz und 5) der Schmid Johann Heinrich Schmidt in Schöningstedt. Die Tribünen waren stark besetzt, namentlich von Bewohnern aus Friedrichsruh, Reinbeck und Umgegend. Durch die überentzündenden Aussagen der Zeugen erscheinen die Angeklagten vollständig überführt und werden die 5 Genannten angeklagt, zu Friedrichsruh am 1. Juni 1884 an einer öffentlichen Zusammenrottung teilgenommen zu haben, bei welcher der Generalmajor Lohé, ein Mitglied der bewaffneten Polizei, ein Mitglied der neuzeitlichen Hölzer bezeichnet, dorthin made sich China offenbar nicht viel, da hierdurch mehr europäische als chinesische Interessen verletzt würden. Es handelt sich also darum, ein anderweitiges Pfand zu nehmen. Damit, meint das Blatt, hätte man beginnen sollen, aber das hätte einige Zeit erfordert, und Dr. Ferri hätte dann nicht mit einem so bald errungenen, anscheinend glänzenden Ergebnis vor die Räume treten können. Bei der jetzt in Peking herrschenden Stimmung sei es eine Selbstverständlichkeit, zu glauben, eine Protestdemonstration werde austreten, um die Lage zu verändern; in einem der offenen Höfe sei eine solche Rundgebung fast unmöglich, und auf einem andern Punkte der Küste werde sie fruchtlos sein, wenn sie nicht durch ein Landungsboot unterstützt werde. Die Lage im Tonkin gestatte nicht, einen Theil des dortigen Expeditions-corpss für dieses Zweck zu verwenden; im Gegenteil werde man wahrscheinlich dasselbe noch vermehrten müssen. Es sei zwecklos, jetzt die Politik der beiden Machtregierungen zu befürchten, welche in der Tonkinexpedition verfolgt worden sei, oder Anklagen zu erheben. Man muß die Machtregierungen ergründen, welche der wahrscheinliche Abruch der Beziehungen zu China erwartet, d. h. ein Expeditions-corpss nach China auszüsten und schon jetzt die nötigen Mittel für die Kosten dieses fernern Feldzugs bereithalten. Dieser Feldzug kann im laufenden Jahre nicht beendet werden; denn der Wei-ho gefordert in Wien in Angelegenheit der vom gewissen Handelskammerpräsidenten Ritter v. Dozauer und Geissler wider das kaiserl. königl. Handelsministerium eingeschrittenen Beifürde wegen Eröffnung der neuen Wahlordnung für die Prager Handels- und Gewerbeleute und Anordnung von Neuwahlen für dieselbe wird am 11. d. Mts. stattfinden. — Bevor die Beratung über die Unterbringung der psychiatrischen Kliniken beider Prager Universitäten und dieser Tage eine aus Vertretern der Regierung, des Landesamtes und der beiden Universitäten bestehende Commission sitzt, welche zu diesem Beifürde die Räumlichkeiten der Landesärzteklinik in Augenföhren nahm, wobei die Vertreter der beiden Universitäten den Localitätsbedarf für die betreffenden Anstalten genau angaben. Ein bestimmter Beschluss wurde jedoch nicht gezielt und es wird der Landeskonsistorialausschuss sich mit dem Ergebnis der Commission noch eingehend beschäftigen müssen. — Da der fortwährenden Fehde zwischen den „Národní Listy“ und den alttschechischen Blättern stellte jüngst das jugoslawische Parlament als sein Programm auf:

1) Reform der Wahlordnungswidrigkeit in Böhmen und Mähren nach dem sprachlichen Verhältnisse, 2) Erweiterung der Schuleverwaltung des Landes in allen Angelegenheiten, welche nicht Religionsangelegenheiten sind; 3) vollständige Sprachgleichberechtigung in Kirche und Schule in Böhmen und Mähren. Es ist nun gewiß nicht uninteressant, zu erfahren, wie man sich im altschechischen Lager zu diesem Programm verbürt und in dieser Hinsicht sieht heute die „Politik“ offene Ansicht. Sie zeigt nämlich, dieses Programm sei zwar vollkommen klar, aber durchaus nicht neu und fügt hinzu: „Wir verlangen nicht weniger als das Programm der „Var. v.“, da wir schon im vorigen Jahr in der Regel waren zu erfahren, daß wir uns alle zu diesem Programm vereinigt. Nun was es sich handelt und was ge erwartet die „Var. v.“ auszufordern werden und immer wieder aufgefordert werden müssen, das ist wie, auf welchem Wege, durch welche Mittel dieses Programms unter den verschiedenen Verhältnissen durchzuführen wäre. Wie gehen offen, daß wir dieses Programm nicht neu und fügt hinzu:

„Wir verlangen nicht weniger als das Programm der „Var. v.“, da wir schon im vorigen Jahr in der Regel waren zu erfahren, daß wir uns alle zu diesem Programm vereinigt. Nun was es sich handelt und was ge erwartet die „Var. v.“ auszufordern werden und immer wieder aufgefordert werden müssen, das ist wie, auf welchem Wege, durch welche Mittel dieses Programms unter den verschiedenen Verhältnissen durchzuführen wäre. Wie gehen offen, daß wir dieses Programm nicht neu und fügt hinzu:

„Wir verlangen nicht weniger als das Programm der „Var. v.“, da wir schon im vorigen Jahr in der Regel waren zu erfahren, daß wir uns alle zu diesem Programm vereinigt. Nun was es sich handelt und was ge erwartet die „Var. v.“ auszufordern werden und immer wieder aufgefordert werden müssen, das ist wie, auf welchem Wege, durch welche Mittel dieses Programms unter den verschiedenen Verhältnissen durchzuführen wäre. Wie gehen offen, daß wir dieses Programm nicht neu und fügt hinzu:

„Wir verlangen nicht weniger als das Programm der „Var. v.“, da wir schon im vorigen Jahr in der Regel waren zu erfahren, daß wir uns alle zu diesem Programm vereinigt. Nun was es sich handelt und was ge erwartet die „Var. v.“ auszufordern werden und immer wieder aufgefordert werden müssen, das ist wie, auf welchem Wege, durch welche Mittel dieses Programms unter den verschiedenen Verhältnissen durchzuführen wäre. Wie gehen offen, daß wir dieses Programm nicht neu und fügt hinzu:

„Wir verlangen nicht weniger als das Programm der „Var. v.“, da wir schon im vorigen Jahr in der Regel waren zu erfahren, daß wir uns alle zu diesem Programm vereinigt. Nun was es sich handelt und was ge erwartet die „Var. v.“ auszufordern werden und immer wieder aufgefordert werden müssen, das ist wie, auf welchem Wege, durch welche Mittel dieses Programms unter den verschiedenen Verhältnissen durchzuführen wäre. Wie gehen offen, daß wir dieses Programm nicht neu und fügt hinzu:

zu empfehlen, da ja dann später auch wieder eine Detonation zu Ungunsten der Tschechen eintreten könnte. Schließlich bemüht das alttschechische Organ, die „Partie“ der „patriotischen Partei“ der „Var. v.“ besteht eben darin, daß sie den tschechischen Abgeordnetenclub fortwährend wegen Nichtausführung jenes Programms ausspielen und verdächtigen, ohne ihrerseits das Mittel zu seiner Verwirklichung anzugeben.

\* Paris, 5. Juli. Der „Telegraphe“, in welchem der frühere Gesandte am Hofe von Peking, Bourée, die Zusammengelegtheit zu beprechen versucht, erläutert heute die für Frankreich durch die Verlegung des Friedens von Tientsin geschaffene Lage. Daß man einen der dem europäischen Handel größten Hölzer bezeichnet, dorthin made sich China offenbar nicht viel, da hierdurch mehr europäische als chinesische Interessen verletzt würden. Es handelt sich also darum, ein anderweitiges Pfand zu nehmen. Damit, meint das Blatt, hätte man beginnen sollen, aber das hätte einige Zeit erfordert, und Dr. Ferri hätte dann nicht mit einem so bald errungenen, anscheinend glänzenden Ergebnis vor die Räume treten können. Bei der jetzt in Peking herrschenden Stimmung sei es eine Selbstverständlichkeit, zu glauben, eine Protestdemonstration werde austreten, um die Lage zu verändern; in einem der offenen Höfe sei eine solche Rundgebung fast unmöglich, und auf einem andern Punkte der Küste werde sie fruchtlos sein, wenn sie nicht durch ein Landungsboot unterstützt werde. Die Lage im Tonkin gestalte nicht, einen Theil des dortigen Expeditions-corpss zu verwenden; im Gegenteil werde man wahrscheinlich dasselbe noch vermehrten müssen. Es sei zwecklos, jetzt die Politik der beiden

Nationen eine politische Amnestie zu erlassen. Die Regierung bekämpft den Amnestieantrag als inopportunit, hat aber zahlreiche Gnadenanträge vorbereitet. Unter Anderen sollen Louise Michel, der anarchistische Journalist Gambier und Fürst Kruppstein begnadigt werden; letzterer geht, wie die „France“ erzählt, nach London.

Paris, 5. Juli. Der Senat legte die Wahl der 18gliedrigen Commission zur Vorbereitung des Reichstagsentwurfs auf nächstes Dienstag fest. In einer heute stattgehabten Versammlung des linken Centrums des Senats erklärte sich Leon Say gegen die Revisionsvorlage, weil dieselbe nicht bestimmt genug sei und weil die Clauses bezüglich des Wahlmodus und der dem Senat in Zusammengelegtheit zu stehenden Beschlüsse unannehmbar seien. — Die Deputiertenkammer bewilligte einen Credit von 80.000.000 Frs für die Mission Braga's. — Der chinesische Gesandte Li-Kong-Pao hatte gestern eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Ferry und soll demselben beruhigende Erklärungen gegeben haben. Li-Kong-Pao lehrt voraussichtlich nicht vor der Erledigung des Zwischenfalls von Langdon nach Berlin zurück. — Der französische Botschafter in London, Waddington, begiebt sich am nächsten Montag wieder nach London.

\* Paris, 6. Juli. Der Schiffscapitän Fourrier, welcher den Vertrag von Tientsin mit dem nunmehr abgesetzten Li-Hung-Tchang, König des Petchili, abgeschlossen hat, ist heute mit dem Wortlaut des inzwischen durch den Kampf von Langdon hinfällig gewordenen Vertrags hier eingetroffen. — Der Abgranet hat die Absicht kundgegeben, den Premierminister über den Kampf bei Langdon und die Beziehungen Frankreichs zu China zu interpelliiren.

Madrid, 5. Juli. (Tel.) In der Kammer sprach sich der Minister des Auswärtigen auf läufig einer Auslastung Begr. de Armijo's über die auswärtige Politik dahin aus, daß das Cabinet in der marokkanischen Frage eine Politik der vollständigen Neutralität beobachtet und daß die Regierung mit Italien, England und Frankreich die Aufrechterhaltung des Status quo vereinbart habe.

Christiania, 4. Juli. (Dansk. Corresp.) Das neue Cabinet wohnte vorgestern in co-pose der Sitzung des Stortinghs bei. Der Präsident des Things, Rector Steen, begrüßte die Versammlung in einer Rede, in welcher er den Tag als einen, für die Geschlechter der Fjordland errichteten Markstein, eine Weihfest des Zusammenwirkens, welches die Ehre und das Glück des Vaterlandes befestigen und Norwegen das Recht und die Fähigkeit verleihen sollte, einen seiner würdigsten Platz unter den Nationen einzunehmen, bezeichnete. Diese Rede beantwortete Sverdrup, der am Schlusse seiner Ausführungen folgendes sagte:

„Gelingt es uns (dem neuen Cabinet), eine Stellung zu gewinnen, und unterhält uns das Vertrauen des Königs, so dürfen wir uns das Hoffnung hingeben, daß die Wacht, welche in diesem Saale verhaftet sein wird, nicht genau sein wird, daß sie wahrscheinlich für die nächsten Jahre die alte und gleichzeitig nicht sehr beispielhaft führt.“

Sofia, 4. Juli. (Frank. Bts.) Die Bemühungen des Gabrieles Banton, einen Compromis mit den Conservativen herbeizuführen, scheinen aussichtslos zu sein und allgemein wird die Erziehung des Cabinets Banton durch ein radikales Cabinet unter Karowewo low nach der Eröffnung des Sobranje als wahrscheinlich gehalten. Selbst die Conservativen sind zumzeit davon überzeugt, ein Cabinet Karowewo werde in Betreff der Selbstständigkeit Bulgariens gegenüber älteren Einflüssen mindestens so gute Voraussetzungen bilden wie ein Cabinet Banton, das in letzter Zeit zu sehr von dem russischen Consulat inspiriert worden sein soll. Für ebenso zwecklos gilt die Ergebnisse der radikalen Führer gegenüber dem Fürsten Alexander, welchem Stavellom dieser Tage in einer Audienz die Bejahrung ausdrückte. Alle Minister und die radikalen Führer Karowewo, Slaveitow und Stoilow sind bereits nach Tsjitrowo abgereist. Der Fürst trifft selbst heute ein.

Bukarest, 6. Juli. (Tel.) Der Cultusminister Auțelianu hat seine Entlassung bekommen. Der bisherige Minister des Innern, Răvan, ist zum Cultusminister, General Holcovianu zum Kriegsminister und der Ministerpräsident Bratișau, welcher das Präsidium des Ministerconseils behält, zum Minister des Innern ernannt worden. Die übrigen Minister verblieben auf ihren Posten.

Dresden. Ihre königlichen Hoheiten die Prinzessin Mathilde, Prinzessin Maria Josepha, Prinz Johann Georg und Prinz Max besuchten unter Begleitung der Frau Oberhofmeisterin Freifrau v. Globig, Czellenz, am 6. d. v. 12 bis 1 Uhr die Ausstellung von Kunstwerken aus Privatbesitz im königl. Orangeriegebäude an der Herzogin Garten, Ostra-Allee, mit höchstem Besuch.

Dresden, 7. Juli. Die von der hiesigen Kunstschaftsgesellschaft zu Ehren des jüngst verstorbenen Altmasters deutscher Kunst, Dr. Adriaan Endius Richter, veranstaltete Gedächtnisfeier begann gestern, Sonntag, Mittags um 1 Uhr, in der für den Brodt in geeigneter und würdiger Weise mit der Büste des Verstorbenen und Palmen reich geschmückten Aula des königl. Polytechnikums. Eine besondere Weise erhielt die Feier durch das Ercheinen Sr. Majestät des Königs und Sr. Königliche Hoheit des Prinzen Georg; unter den Anwesenden bemerkten wie ferner Ihre Exzellenzen die Staatsminister v. Kosch Wolfsohn, Dr. v. Gerber, Dr. v. Abele und den Generaladjutant Generalleutnant v. Carlowitz, den königl. preußischen Gesandtschaftschef Grafen v. Waldburg, den Oberbürgermeister Dr. Stabel, den Oberhofprediger Dr. Rohrbacher, die Mitglieder des akademischen Roth, den Leibkörper des königl. Polytechnikums, sowie eine große Anzahl von Nobilitäten der Kunst und dieser nahestehender Kreise. Nach dem einleitenden Gelage des „Eos quonodo moritur justus“ von Galus, welcher von der Viedertafel unter Leitung ihres Directors Beder vorzüglich zum Vortrage gebracht wurde, hielt der Prof. Dr. Treu die Gedächtnisrede, in welcher